



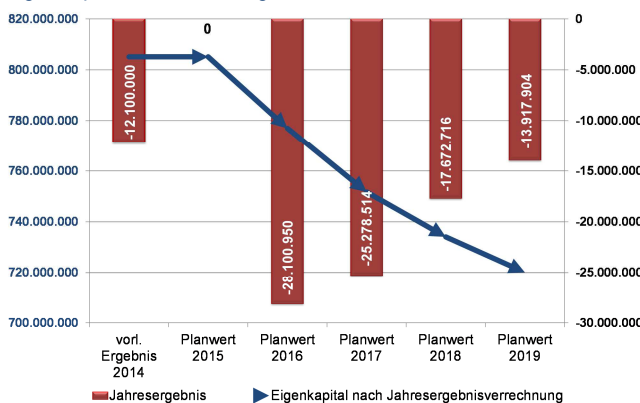
Neuss – Haushalt ohne Nachhaltigkeitsperspektive

Kurz-Analyse des Haushaltsplanentwurfs 2016 der Stadt Neuss
im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein

Es ist nun sicher nicht so, dass die nachfolgenden Argumente überraschen würden: Die Stadt verstößt mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf **weiterhin** gegen die Generationengerechtigkeit, weil sie im großen Stil auf Kosten der Gestaltungsmöglichkeiten nachfolgender junger Menschen lebt – so massiv ist inzwischen der geplante Eigenkapitalverzehr. **Weiterhin** fehlt im Haushaltsansatz ein Konsolidierungskonzept, das die inzwischen deutlich zweistelligen Millionenfehlbeträge im Gesamtergebnisplan 2016ff. auch nur in die Nähe des gesetzlich geforderten operativen Haushaltsausgleichs führen könnte. **Weiterhin** wird – trotz deutlich dynamisierter Ansätze – der Aufwand für die entstehenden Soziallasten mit großer Wahrscheinlichkeit zu gering angesetzt. Hierauf weist der Kämmerer auch mit Blick auf den zukünftig in höherem Maße anzusetzenden Aufwand für Flüchtlinge hin. Es darf aber kein Zweifel bestehen, dass in Kriegswirren verfolgte und an Leib und Seele leidende Menschen in Deutschland Zuflucht finden können müssen.

Dennoch, warum konsolidiert die Stadt nicht stärker? Die strukturellen Verbesserungen der Realsteuererhöhungen der jüngeren Vergangenheit tragen schon heute nicht mehr: Die **Defizitentwicklung** 2016ff. ist gravierender als im Vorjahreshaushalt angesetzt! Und dies, obwohl die Hebesatzsteigerungen die endogene Steuerkraft der Stadt inzwischen zu jährlich neuen Höhenflügen treibt. Schon 2010 war der Gewerbesteuereinbruch in Nachfolge der Finanzkrise mehr als aufgeholt (148,0 Mio. € nach 120,0 Mio. € in 2009). In 2019 soll die Gewerbesteuer 182,8 Mio. € in die Kasse spülen. Die kommunalen Erträge aus einer annahmegemäß weiterhin starken Wirtschaft überlagern damit das strukturelle Defizit. Dieses ergäbe sich, wenn Einmaleffekte und konjunkturelle Effekte herausgerechnet würden. Es müsste die Stadt umtreiben – tut es aber augenscheinlich nicht! Denn: Neben einer guten Konjunktur haben Einmaleffekte, die den Haushalt immer wieder auszugleichen wussten, das Potenzial, Kurzsichtigkeit zu fördern. Doch diese Strohfeuer, wie die Gewinnausschüttung der städtischen Tochter LVN (2015 wirksam: 23,4 Mio. €), wärmen nicht die Haushalte der nächsten Generation.

Eigenkapital und Jahresergebnis in Euro, 2014-2019



Selbst wenn das im Haushaltsplan niedergelegte Szenario bis 2019 greifen würde, hätte die Stadt dann 176,5 Mio. **Eigenkapital** in nur 14 Jahren verbraucht. Ein kurzer Blick auf Erträge und Aufwendungen macht Licht und Schatten des Haushalts deutlich:

Die **Erträge** entwickeln sich entlang der Orientierungsdaten und der Prognose der Mai-Steuerschätzung 2015. Über die Steuererträge (301,2 Mio. €; +10,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr) werden 70 Prozent der Gesamterträge (432,7 Mio. €) getragen. Für 2016 erscheint die Entwicklung plausibel. Zusätzliches Konsolidierungspotenzial kann sich unter anderem in den im Planungszeitraum konstant gehaltenen privatrechtlichen

Leistungsentgelten ergeben. Für den mittelfristigen Planungszeitraum wird mit Blick auf das wechselhafte gesellschafts- und wirtschaftspolitische Umfeld nachzusteuern sein.

Insbesondere bei den **Transferaufwendungen** ergeben sich bekannte offene Flanken in der Veranschlagung der Kreisumlage (Benehmensherstellung zum Kreisumlagesatz noch nicht durchgeführt) und den Ansätzen für die Betreuung und Unterbringung von Kindern. Die bereits erheblich dynamisierte Ansatzsteigerung droht erneut nicht auszureichen – dies auch mit Blick auf die steigenden Asylbewerberzahlen. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Steigerung der Ansätze der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu gering. Positiv herauszuheben sind das aktive Zinsmanagement und die Schuldentilgungsstrategie der Stadt.

In der Summe: Die Stadt könnte trotz der vorstehenden erheblichen Jahresdefizite und trotz des erheblichen Eigenkapitalverbrauchs noch 15 bis 20 Jahre so weitermachen, bis die Regelungen der Gemeindeordnung sie zu einem Haushaltssicherungskonzept zwingen würde. Voraussetzungen sind „nur“ ein anhaltender moderater Wachstumspfad, von Zeit zu Zeit Sondererträge in zweistelliger Millionenhöhe, Soziallasten, die nicht noch dramatischer steigen, und eine standorttreue Bevölkerung und Wirtschaft. Und klar ist: Ein 'Weiter so!' wird unweigerlich zu neuen, nachhaltig standortschädigenden Steuererhöhungen führen. Dann aber, ab 2030, wird die Zeit der zu verrentenden ‚Babyboomer‘ kommen: Dreißig Jahre lang wird der Generationenvertrag auf das Äußerste belastet. Schon jetzt sind u.a. die sozialen Sicherungs- und Infrastrukturen auch in Kommunen entsprechend vorzubereiten – Neuss macht sich hier schon auf den richtigen Weg (siehe Demografiekonzept). Ebenso sollte der Rat der Stadt schon heute durch ein freiwilliges und an der Aufwandseite ansetzendes Konsolidierungskonzept dafür sorgen, dass der zukünftig federführenden Generation hinreichender Finanzspielraum bleibt. Die Botschaft des vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2016ff. ist aber eine andere.